

Der Elternbeirat der
Kooperationseinrichtung
Kolumbusstr. 40

München 30.5.06

91543 München

Schul- und Kultusreferat
Fachabteilung 5
Frau Weiß-Söllner
Neuhauser Straße 39

80331 München

Stellungnahme zum Entwurf der Kindertageseinrichtungsgebührensatzung
(Mitteilung vom 5.5.06)

Sehr geehrte Frau Weiß-Söllner,

in Ihren Schreiben vom 5.5.06 weisen Sie darauf hin, dass die neue Satzung und damit die neuen Gebühren durch das BayKiBiG notwendig geworden sind. Sicherlich muss die Stadt das neue Gesetz umsetzen und neue Buchungszeiten einführen. Uns als Elternbeirat verärgert dabei aber besonders, dass die Stadt München gleichzeitig, quasi durch die Hintertür, die Gebühren erhöht, um den Haushalt zu sanieren (Vgl. 4. Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2007 – 2011 vom 14.12.05). Dieser Beschluss hat ja zunächst nichts mit dem BayKiBiG zu tun, aber die Umsetzung des Gesetzes eignet sich natürlich hervorragend, um die Sparmaßnahmen, die das Schulreferat zu leisten hat, auf die Eltern umzuverteilen.

Sie diskutieren am Ende Ihres Schreibens vom 5.5.06 ein kostenloses Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt, den die Landeshauptstadt nicht finanzieren kann. Sehr geehrte Frau Weiß-Söllner, wir Eltern sind durchaus gewillt für die Betreuung unserer Kinder zu bezahlen – wir erwarten ja nicht, dass München die Gebühren aufhebt, sondern dass München die Gebühren nicht erhöht. Ansonsten müssten wir davon ausgehen, dass alle Reden über Familienpolitik und Vereinbarkeit von Familie und Politik nur Sonntagsreden waren.

Ihre Stadtratskollegen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen-rosa Liste verweisen in einem Schreiben an unseren Elterbeirat auf die Beitragsgerechtigkeit durch die neue Gebührenerhöhung, teurer würde es nur für die besser Verdienenden werden, also diejenigen, die 60 000 Euro pro Jahr verdienen. In einer Familie, in

der klassischerweise die Frau halbtags mitverdient, ist dies ein durchaus normales Einkommen und nicht schon unter „besserverdienend“ einzuordnen. Dazu zitieren wir Ihnen die Berechnungen eines Familienvaters mit 2 Kindern aus unserer Einrichtung:

„Hier unsere Beispielrechnung für die alten und die neuen Gebühren im Kindergarten:

z.Zt. zahlen wir für einen Kindergartenplatz inkl. Essensgeld 238,-€/ Monat. Wir werden in der höchsten Einkommensstufe eingesetzt (bis 60Tsd.€ Bruttoeinkommen, beide Elternteile zusammen). Die Gebühren werden für 11 Monate gezahlt, macht 218,16€ echter Monatsbeitrag. Gerechnet ist die volle Buchungszeit von 9h, die mir im jetzigen System auch zur Verfügung steht - also vergleichbare Leistung. Nach der neuen Gebührenordnung zahlen wir 270,-€ inkl. Essen ab 9h pro Tag, das wird aber 12 Monate berechnet. Das macht echte 51,84€ mehr pro Monat. Die Erhöhung entspricht +23,8%. Und das nach der letzten massiven Erhöhung von vor 2 ½ Jahren. Die Geschwisterermäßigung beträgt hier für das 2te Kind 17€, das sind 8% Ermäßigung“

Eine Erhöhung von über 23 Prozent (und das ist nicht der Extremfall) kann man weder als sozialverträglich noch als familienfreundlich bezeichnen. Die reduzierte Geschwisterermäßigung bestraft alle Familien, die zwei Kinder haben, wohingegen das kostenlose 3. Kind – die wohl soziale Komponente der neuen Ordnung – auf die wenigsten Familien zutrifft (In unserer Einrichtung mit 186 Kindern kommt diese Vergünstigung einer Familie zugute!!).

Was also sind nun die Folgen einer solchen Erhöhung?

- 1.) Besserverdiener suchen sich eine private Betreuung, die sie flexibler einsetzen können. Der Stadt München gehen die eigentlichen Beitragszahler verloren.
- 2.) Wer sich das nicht leisten kann, bleibt gleich zu Hause, statt halbtags zu arbeiten (trifft vor allem Frauen). Die Nachfrage an Betreuungsplätzen sinkt, da sich arbeiten nicht mehr rentiert. München wäre nicht mehr gezwungen, mehr Kitaplätze zu schaffen – möglich, dass Sie dies bewirken wollen.
- 3.) In den städtischen Einrichtungen verbleiben die Familien, die von der Gebührenerhöhung nicht so massiv getroffen werden. Die soziale Mischung ist nicht mehr gegeben,

Sehr geehrte Frau Weiß-Söllner, wir können uns nicht vorstellen, dass Sie dies wirklich wollen. Wir bitten Sie dringend, im Stadtrat darauf hinzuwirken, dass die Gebührenerhöhungen so nicht umgesetzt werden. Wer seinen Haushalt saniert und bei Bildung und Kindern spart, der hat die Zeichen der Zeit nun wirklich nicht erkannt. Hier geht es nicht nur um den Ruf, den München als familienfreundliche Stadt zu verlieren hat und eine Maßnahme, die alle Politiker Lügen straft, sondern hier geht es schlicht um die Zukunft!

Wir fordern daher:

- Keine Gebührenerhöhung zur Haushaltssanierung.

- Eine echte Ermäßigung für Geschwisterkinder (ab dem 2. Kind)
- Berechnung der Gebühren auf der Grundlage des vorangegangenen Jahres und nicht auf der Grundlage von vor 2 Jahren, die die Einkommenssituation vieler Familien nicht mehr darstellt.
- Wenn schon Betreuungszeiten nach Stunden gebucht werden müssen, dann bitte auch echte Flexibilität, je nach Tagesbedarf der Eltern, damit diese nicht gezwungen sind, die höchste Stundenzahl zu buchen, um für ihren Arbeitgeber so flexibel zu sein, wie dieser es erwartet.
- Mehr Gerechtigkeit beim Verpflegungsgeld, d.h. eine Aufhebung der Regelung, nach der das Essensgeld erst dann nicht gezahlt werden muss, wenn das Kind fünf Tage am Stück abwesend ist.

Wir hoffen, dass Sie unsere Eingaben berücksichtigen, damit die Anhörung der Elternbeiräte nicht bloße Alibifunktion hat.

Mit freundlichen Grüßen

Der Elternbeirat der Koop Kolombusstraße

Michael Chauvistré
1. Vorsitzender

Nicole Hahn
stv. Vorsitzende

Simone Schneppensiefen
Vors. Hort-Elternbeirat

Kopien an Oberbürgermeister Ude, die Stadtratsfraktionen und die
Abteilungsleitung der Fachabteilung 5